Deutscher Bundestag **Drucksache 15/1863**

15. Wahlperiode 03. 11. 2003

Beschlussempfehlung und Bericht

des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 15/1507 –

Entwurf eines Gesetzes zu dem Internationalen Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 9. Dezember 1999 zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus

A. Problem

Der Gesetzentwurf sieht die Zustimmung des Deutschen Bundestages zu dem Internationalen Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 9. Dezember 1999 zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus vor. Die Zustimmung ist nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Voraussetzung für die völkerrechtliche Ratifikation des Übereinkommens durch die Bundesrepublik Deutschland. Mit Hilfe dieses Übereinkommens wird eine völkerrechtliche Grundlage für die internationale Ächtung der Finanzierung des Terrorismus geschaffen und somit die internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus gestärkt.

B. Lösung

Einstimmige Annahme des Gesetzentwurfs

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf – Drucksache 15/1507 – unverändert anzunehmen.

Berlin, den 23. Oktober 2003

Der Rechtsausschuss

Andreas Schmidt (Mülheim)
Vorsitzender

Joachim Stünker
Berichterstatter

Wolfgang Zeitlmann
Berichterstatter

Jerzy Montag
Berichterstatter

Jörg van Essen
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Joachim Stünker, Wolfgang Zeitlmann, Jerzy Montag und Jörg van Essen

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Gesetzentwurf auf Drucksache 15/1507 in seiner 63. Sitzung am 25. September 2003 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Rechtsausschuss und zur Mitberatung dem Auswärtigen Ausschuss, dem Innenausschuss und dem Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 25. Sitzung am 22. Oktober 2003 beraten und einstimmig beschlossen, die Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

Der **Innenausschuss** hat die Vorlage in seiner 20. Sitzung am 15. Oktober 2003 beraten und einstimmig beschlossen, die Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe** hat die Vorlage in seiner 23. Sitzung am 15. Oktober 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion der FDP beschlossen, die Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

III. Beratung im Rechtsausschuss

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage in seiner 28. Sitzung am 15. Oktober 2003 abschließend beraten und einstimmig beschlossen, die Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

Berlin, den 23. Oktober 2003

Joachim Stünker Berichterstatter	**Wolfgang Zeitlmann** Berichterstatter
Jerzy Montag Berichterstatter	**Jörg van Essen** Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 340, Telefax (02 21) 97 66 344
ISSN 0722-8333